



Nr. 21

13. Juni 2025

## Inhalt

Gesundheitsfürsorge für Beamtinnen und Beamte des Bundes  
[Beihilfebearbeitung soll beschleunigt werden](#)

Welttag gegen die Misshandlung älterer Menschen  
[Klitzing: „Menschenrechte haben kein Ablaufdatum“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen  
[Gespräch mit Thüringer Umweltminister](#)

Sachsen-Anhalt  
[Harte Einschnitte für den öffentlichen Dienst](#)

Nordrhein-Westfalen  
[„Jedwede Gewalt ist grundsätzlich nicht zu tolerieren“](#)

VBB  
[Gut besuchte Personalversammlung im  
Verteidigungsministerium](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Gesundheitsfürsorge für Beamtinnen und Beamte des Bundes Beihilfebearbeitung soll beschleunigt werden

**Die Erstattung der Beihilfe muss schneller gehen – diese Forderung hat der dbb bei einem Beteiligungsgespräch im Innenministerium unterstrichen.**

„Die vorgeschlagenen Änderungen stellen einen Schritt in die richtige Richtung dar, weil damit die Fürsorgepflicht des Dienstherrn wieder in den Mittelpunkt rückt“, sagte Thomas Liebel, Vertreter der Bundesbeamtengewerkschaften im dbb und Bundesvorsitzender der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ), am 11. Juni 2025 in Berlin. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat einen ersten Entwurf zur Änderung von § 80 Bundesbeamtengesetz vorgelegt, das die Beihilfebearbeitung im Bereich des Bundes erleichtern und beschleunigen soll. „Somit besteht berechnete Hoffnung, dass die Beihilfebearbeitungen mit Umsetzung der Neuregelungen schneller erfolgen können“, so Liebel nach dem Beteiligungsgespräch im BMI.

Zum ersten ist eine Fiktionsregelung vorgesehen, die Entscheidungen zur Erstattungsfähigkeit von geltend gemachten Aufwendungen beschleunigen und unzumutbare Bearbeitungszeiten vermeiden soll. Dabei soll eine maximale Bearbeitungsdauer von vier Wochen zusätzlich von fünf Tagen für die Festsetzung gelten. Erklärtes Ziel bleibt, durch die normalen Arbeitsprozesse eine unterhalb dieser maximalen Bearbeitungsdauer liegende zeitnahe Bearbeitung zu realisieren. Ein zweiter Teil sieht eine Rechtsgrundlage dafür vor, dass bei automatisierter Antragsbearbeitung Risikomanagementsysteme eingesetzt werden können. Das

soll eine effizientere und schnellere Bearbeitung ermöglichen. Zudem sind begleitende Instrumente zur Missbrauchsverhinderung vorgesehen.

„Die Maßnahmen werden die Kolleginnen und Kollegen in der Beihilfebearbeitung spürbar entlasten“, resümierte Liebel. „Außerdem bin ich zuversichtlich, dass sie das Beschwerde- und Klageaufkommen aufgrund überlanger Verfahrensdauer verringern werden. Jetzt kommt es darauf an, für eine zeitgemäße Personal- und Technikausstattung zu sorgen, um die Beihilfebearbeitung wieder in normales Fahrwasser zu führen.“

Hintergrund: Die Bearbeitung der Beihilfeanträge im Bund ist dezentral organisiert. In vielen Abrechnungsstellen kommt es zu überlangen Bearbeitungszeiten. Beamtinnen und Beamte und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger müssen die Rechnungen gegenüber den Leistungserbringern in der gesetzlich vorgesehenen Frist begleichen. Die Erstattung durch die Beihilfe dauert dabei vielfach deutlich länger. Gerade bei großen Beträgen führt dies zu nicht hinnehmbaren Belastungen. Dies hatte der dbb beamtenbund und tarifunion wiederholt kritisiert und Abhilfe eingefordert.

## Welttag gegen die Misshandlung älterer Menschen Klitzing: „Menschenrechte haben kein Ablaufdatum“

**Ein respektvolles Miteinander und mehr Prävention, das fordert der dbb Seniorenchef, um das Risiko der Misshandlung Älterer zu verringern.**

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, nutzt die Gelegenheit zum 15. Juni 2025, dem Tag gegen die Misshandlung älterer Menschen, um auf die Problematik aufmerksam zu machen. „Gewalttätiges Handeln gegenüber Älteren hat viele Gesichter und reicht von Vernachlässigung über verbale Herabwürdigungen und Aggression bis hin zu körperlicher Misshandlung.

Menschenrechte haben kein Ablaufdatum wegen Alters!“, so Klitzing. Die Hintergründe der Gewalt sind vielschichtig und reichen von Überforderung und Stress bis hin zu kulturellen Ursachen, betonte er. „Einen ersten Schritt, um Misshandlung vorzubeugen, kann jeder von uns tun. Wichtig ist hinzuschauen und vermutlich Betroffene anzusprechen. Geholfen werden kann nur da, wo ein Problem bekannt ist“, sagt der dbb Seniorenchef. Klitzing fordert Präventionsprogramme für eine gewaltfreie Pflege

– nicht nur für professionelles Pflegepersonal, sondern auch für pflegende Angehörige. „Ein respektvoller und zugewandter Umgang mit allen Menschen muss die selbstverständliche Grundlage unseres Zusammenlebens bleiben.“

Die Vereinten Nationen haben den 15. Juni im Jahr 2011 offiziell als Welttag gegen Miss-handlung älterer Menschen anerkannt, um auf die Problematik von Gewalt und Diskriminierung Älterer aufmerksam zu machen.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Thüringen

### **Gespräch mit Thüringer Umweltminister**

**Mit einem ganzen Fragenkatalog nahm der tbb die Chance zum Antrittsbesuch bei Tilo Kummer, Minister für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten (TMUENF) am 10. Juni 2025 wahr.**

Zum Auftaktgespräch stellte der Landesvorsitzende des tbb Frank Schönborn und Stellvertreter Andreas Schiene die Beteiligungsvereinbarung mit dem gewerkschaftlichen Spitzenverband tbb vor.

Auch die amtsangemessene Alimentation wurde mit dem Forstminister besprochen, wohlwissend, dass der Entwurf zur Gesetzgebung von der Finanzministerin Katja Wolf vorgelegt wird. Jedoch ist es dem tbb wichtig, dass alle Fachminister in den Grundzügen die amtsangemessene Alimentation erläutert bekommen. Denn diese haben bei Ressort- und Plenarsitzungen eine aktive Rolle und somit Einfluss auf die verfassungsgemäße Besoldung der 33 Tsd. Beamtinnen und Beamten in Thüringen. Auch die Dienstrechtsreform, Bestandteil im 100 Tage Regierungsprogramm, wurde mit dem Minister Kummer erörtert. Die neuen Beihilferegulungen werden dringen von den Beschäftigten erwartet. Sehr wichtig war dem tbb auch das Thema der Stärkung der Ausbildung im öffentlichen Dienst in den Fachbereichen.

Danach ging das Gespräch über zu speziellen Themen als Forstminister. Zu Beginn stand die Borkenkäfersituation und die damit ergebenden Herausforderungen, die daraus resultieren. Große Bedenken bestanden beim tbb bei den derzeitigen virtuellen Rücklagen von Thüringen-Forst im Cashpool des Landes von ca. 150 Mio Euro aus den überproportionalen Erlösen des Borkenkäferholzes, die vermeintlich für die Zukunft in Thüringen gesichert sei. Der Hinweis auf die Auflösung des Pensionsfonds hat die

Bedenken des tbb zum Vortragen dieser Situation gebracht. Diese virtuellen Rücklagen werden für die nächsten Jahrzehnte dringend für den Erhalt des Waldes gebraucht und dürfen nicht kurzfristigen finanziellen Engpässen zum Opfer fallen.

Gleichzeitig steht von Seitens tbb/BDF seit Jahren die Forderung, eine ehrliche Tarifanpassung (wie im üblichen Landeshaushalt auch) für die AöR in Höhe von mindestens 2 Prozent sicherzustellen. Die bisher starre Finanzierung über Festbeträge ist aus Sicht des tbb nicht mehr zeitgemäß. Weiteres Thema war die Tarifangleichung Ost/West. Dies liegt im Bereich des Thüringer Finanzministeriums (TFM) aber Herr Kummer als Minister des TMUENF sollte hierzu hinwirken.

Seitens des Ministers wurden für die Zukunft der Finanzierung der AöR und den anderen Bereichen des Ministeriums dem tbb Vorschläge unterbreitet, die erst mit den anstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2026/2027 wirksam werden können. Das hier den Streichungen ggf. auch geliebten Projekten zum Opfer fallen könnten, ist der finanziellen Haushaltslage geschuldet. Hier entscheidet die Finanzplanung des Landes.

Nicht alle Themen konnten im Gespräch ausgetauscht werden, allerdings diente der Antrittsbesuch als Auftaktgespräch. Der tbb bedankt sich für das intensive und offene Gespräch und freut sich auf das gemeinsame Miteinander mit dem Minister für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten Tilo Kummer.

Sachsen-Anhalt

## Harte Einschnitte für den öffentlichen Dienst

**Die Debatte um die Beamtenkosten in Sachsen-Anhalt nimmt an Schärfe zu. Rechnungshofpräsident Barthel will Neueinstellungen künftig nur noch mit Angestelltenstatus vorzunehmen.**

dbb Landeschef Ulrich Stock findet klare Worte: „Diese populistische Forderung ohne Sicht aufs Ganze schwächt den öffentlichen Dienst, anstatt ihn zu reformieren. Ein Einstellungsstopp oder eine ausschließliche Einstellung von Angestellten macht das Land unattraktiv für Nachwuchskräfte und verschärft langfristig den Fachkräftemangel.“ Der dbb fordert strukturierte Reformen statt nichtdurchdachter Sparmaßnahmen – ein öffentlicher Dienst, der den Herausforderungen des demografischen Wandels und der wachsenden Konkurrenz zur Privatwirtschaft gewachsen ist.

Barthel hingegen verweist auf die hohen Pensionsverpflichtungen, die den Landeshaushalt belasten. Doch seine vorgeschlagene Lösung scheint eine reine Rechenoperation ohne Blick für die Konsequenzen zu sein.

Während die Haushaltsausgaben steigen, steht die Landesregierung unter Druck. Ob Barthels Forderung politische Realität wird oder als übertriebene Sparmaßnahme verworfen wird, bleibt abzuwarten. Der dbb sachsen-anhalt wird sich solcher Maßnahmen mit aller Macht entgegenstemmen.

## Nordrhein-Westfalen

### „Jedwede Gewalt ist grundsätzlich nicht zu tolerieren“

**Verfassungsschutzbericht veröffentlicht: Für das Jahr 2024 registrierten die Behörden bundesweit einen deutlichen Anstieg der politisch motivierten Straftaten.**

Für den DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion (DBB NRW) sind diese Zahlen besorgniserregend und nicht zu dulden. Hierzu der Erste Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude: „Egal aus welcher Richtung, von rechts, von links oder mit einem Gott als Rechtfertigung, jedwede Gewalt ist für uns nicht zu tolerieren.“ Laut DBB NRW bedeutet die Zunahme sämtlicher politisch und religiös motivierter Deliktsarten für die Sicherheits- und Rettungskräfte auch in Nordrhein-Westfalen ein Mehr an Einsatzzeiten und Gefährdungslagen. Auf die augenscheinlich eskalierenden Konfliktlagen muss die Politik laut Staude stärker reagieren: „Dem Öffentlichen Dienst müssen mehr Personal- und Sachressourcen zur Verfügung gestellt werden, um ihn auch weiterhin in die Lage zu versetzen, die Stabilität unseres demokratischen Rechtsstaates zu gewährleisten.“

Laut Bundesinnenministerium stiegen im Jahr 2024 die Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund drastisch um 47,4 Prozent auf 37.835 (2023: 25.660). Schwerpunkt rechter Gewalt war NRW mit 154 registrierten Delikten. Im selben Berichtszeitraum wurden zugleich auch 5.857 (2023: 4.248) Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erfasst, wobei die Zahl der Gewalttaten bundesweit von 727 auf 532 im Berichtsjahr 2024 sank. Aller-

dings wurden von den linksextremistisch motivierten Gewalttaten 233 Fälle (2023: 481) in das Themenfeld „Gewalttaten gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden“ eingeordnet. Taten mit antisemitischem Hintergrund legten um 0,5 Prozent auf 2.775 zu (2023: 2.762), wobei 99 antisemitische Straftaten (2023: 36), darunter sechs Gewalttaten, als linksextremistisch motiviert eingestuft wurden, ein erheblicher Anstieg um 175 Prozent. Insgesamt wurden 656 antisemitische Straftaten mit einer extremistischen religiös-ideologischen Motivation festgestellt (2023: 492, +33,3 Prozent), zu denen 12 Gewalttaten, 191 Sachbeschädigungen, 185 Propaganda- sowie 125 Volksverhetzungsdelikte zählten.

Bezüglich der Mitgliedschaft von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in extremistischen oder als verfassungsfeindlich eingestuften Parteien und Vereinigungen hatte der DBB NRW bereits vor einigen Wochen eine Prüfung der Verfassungstreue im Zweifelsfall gefordert. Der Erste Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, hierzu am 6. Mai: „Wer nicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsteht, hat im Öffentlichen Dienst nichts zu suchen.“

VBB

## Gut besuchte Personalversammlung im Verteidigungsministerium

### Der stv. Bundesvorsitzende Ceyhan Dursun folgte der Einladung des örtlichen Personalrates.

Bundesminister Boris Pistorius und die Staatssekretäre hießen die Anwesenden herzlich willkommen. Die neuen parlamentarischen Staatssekretäre beim BMVg –Sebastian Hartmann und Dr. Nils Schmid nutzten die Gelegenheit, um sich vorzustellen. In seiner Rede ging der Bundesminister auf die bevorstehenden Aufgaben ein und machte auch deutlich, dass ihm die Arbeitsbelastung im Ministerium bewusst sei. Das Ministerium wird auch in Zukunft gefordert sein. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit das neue Wehrdienstmodell ein Erfolg wird. Weiter berichtete er über seine Reise nach Litauen anlässlich der Indienststel-

lung der Panzerbrigade Litauen und die entgegengebrachte große Begeisterung der dortigen Bevölkerung.

Der Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Ministerialrat Wolfgang Bernath präsentierte seinen Rechenschaftsbericht und informierte über aktuelle Themen. Zum Abschluss verabschiedete Minister Pistorius den Personalratsvorsitzenden Herrn Wolfgang Bernath mit einem persönlichen Geschenk und einem Coin in den wohlverdienten Ruhestand. Kollege Bernath wird mit Ablauf Juni 2025 in den Ruhestand versetzt. Der VBB dankt für sein Engagement und wünscht ihm für den Ruhestand alles Gute und viel Gesundheit.

## Namen und Nachrichten

Ewald Linn ist mit dem Nikolaus-Warken-Preis ausgezeichnet worden. Die saarländische CDU-Landtagsfraktion würdigte den ehemaligen Landesvorsitzenden des saarländischen Beamtenbundes (**dbb saar**) für sein 30jähriges gewerkschaftliches Engagement im Öffentlichen Dienst des Saarlandes. „Es waren Persönlichkeiten wie Nikolaus Warken, die unserer heutigen modernen Gewerkschaftsarbeit den Weg geebnet haben“, sagte Linn am 10. Juni 2025 auf dem Empfang für Betriebs- und Personalräte der CDU-Landtagsfraktion im Landtag in Saarbrücken. Ewald Linn, der als Landesgeschäftsführer von 1995 bis 2022 und als Landesvorsitzender von 2012 bis Mai 2025 den dbb und den öffentlichen Dienst im Saarland entscheidend prägte, nahm den Preis entgegen, der nach dem Streikführer im Saarrevier benannt ist und von 1851 bis 1920 lebte. Linn: „Der Preis ist für mich eine große Ehre. Ich deute die Auszeichnung aber auch als starkes Signal des Dankes und der Wertschätzung für den gesamten öffentlichen Dienst. Ich nehme ihn deshalb stellvertretend für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entgegen. Das Gedenken an Nikolaus Warken und die jährliche Verleihung erfüllt auch die wichtige Funktion, die Bedeutung des gewerkschaftlichen Engagements immer wieder in den Fokus zu rücken.“ Und das sei gefragter

denn je, machte Linn deutlich. Der Personal-mangel im öffentlichen Dienst und die Arbeitsbedingungen sind eklatant, mehr als 550.000 Beschäftigte fehlen bundesweit. Hinzu komme, dass das Vertrauen in den Staat auf dem Tiefpunkt ist. Denn die Menschen messen die Politik nicht an Floskeln und Sonntagsreden. Sie messen die Politik an Taten! „Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss die Politik umgehend umsteuern und in den Öffentlichen Dienst investieren. Das heißt mehr Personal, bessere und flexiblere Arbeitsbedingungen, wettbewerbsfähige Bezahlung und schnelle Digitalisierung“, unterstrich Linn.

Gemeinsam mit der dbb Fachkommission Verkehr und Infrastruktur, in der der **FWSV**-Bundesvorsitzende Egon Höfling aktiv mitwirkt, hat der dbb den diesjährigen dbb Verkehrstag intensiv vorbereitet. In enger Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften der Verkehrsträger Wasser, Straße, Schiene und Luft wurde ein Positionspapier erarbeitet, das die Grundlage für die Veranstaltung bildete. Im Fokus stehen dabei eine dauerhafte, auskömmliche und gemeinwohlorientierte Finanzierung der Infrastruktur auf Bundesebene sowie klar definierte Finanzierungswege für eine effiziente Mittelverteilung und -verwendung. Beim dbb Verkehrstag 2025 am 2. Juni diskutierten Ex-

---

perinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis, wie diese Her-

ausforderungen gemeinsam gemeistert werden können. Ziel ist eine noch engere Abstimmung und Zusammenarbeit aller Beteiligten.

**Termine:**

23. Juni 2025

**Sitzung dbb Bundeshauptvorstand**

2. Juli 2025

**dbb forum öffentlicher Dienst**

Weitere Informationen folgen.

8. Juli 2025

**35. Europäischer Abend**

Weitere Informationen folgen.

---